

Demobeitrag Asyl-BLG Abschaffen 28.10.23

Ein Mensch kommt zum Arzt und wird behandelt. Es ist nicht wichtig, wo er herkommt und wie lange er schon da ist, ob er hier arbeitet und wo er nächste Woche sein wird. Alles was gerade zählt ist sein Befinden, er hat ein körperliches oder seelisches Leiden und er kommt mit der Bitte, das zu lindern. Es kann eine Erkältung oder eine chronische Erkrankung sein. Ohne Probleme wird dieser Bitte nachgegangen.

So oder so ähnlich könnte ein Szenario in einer Welt aussehen, in der die Herkunft eines Menschen unwichtig ist, wie viel Geld er hat oder welchen Nutzen er bringt.
Die Realität ist nur dummerweise ganz anders.

Im November 1993 trat das Asylbewerberleistungsgesetz in Deutschland in Kraft. Hundertausenden bleibt seither ein nur eingeschränkter oder gar kein Zugang zu medizinischer Versorgung. Die gesetzliche Grundlage der Krankenbehandlung und des Leistungsumfangs sind im §§ 4 und 6 festgehalten, welches eine reduzierte medizinische Versorgung auf "akute Erkrankungen und Schmerzzuständen" nahelegt. Doch welche Leistungen darunter zu verstehen sind und wann eine medizinische Leistung erstattet wird, bleibt uneindeutig und unterliegt der willkürlichen Auslegung von Kommunen und den nicht-medizinisch geschulten bzw medizinisch unerfahrenen Sacharbeiter*innen des Sozialamts oder der Ausländerbehörde.

Für die Betroffenen bedeutet diese Willkür-Praxis Angst und das Gefühl des Ausgeliefertseins gegenüber den Mitarbeiter*innen des Sozialamts.

Wir fragen uns: wie kann eine medizinisch unerfahrene Sacharbeiter*in darüber entscheiden wann eine akute Erkrankung vorliegt und wem mit einem Behandlungsschein eine medizinische Versorgung gewährt wird? Wie kann an einem Schreibtisch entschieden werden, welche Erkrankungen zu behandeln sind?

Menschen ohne Aufenthaltsstatus nehmen aus Angst einer drohenden Abschiebung häufig gar keine medizinische Hilfe in Anspruch oder erst wenn Erkrankungen sehr akut oder lebensbedrohliche Stadien erreichen. Schwangere nehmen aus Angst vor Abschiebungen oder staatlichen Repressionen keine Vorsorgeuntersuchungen in Anspruch obwohl es ihnen zusteht. Konkret heißt das unter anderem auch, dass sie nur in Notfällen Anspruch auf Gesundheitsversorgung ohne Erlaubnis der Behörde haben.

"Die sitzen beim Arzt und lassen sich die Zähne neu machen und die deutschen Bürger nebedran kriegen keine Termine mehr" sagte der CdU Vorsitzende Friedrich Merz Ende September. Das ist nicht nur vollkommen falsch und erfunden sondern rechtspopulistisch. (Alternativvorschlag: Wenn der CdU Vorsitzende Friedrich Merz die Verschlechterung der zahnmedizinischen Versorgung durch Geflüchtete gefährdet sieht, dann ist das eine rechtspopulistische Falschaussage). Diese hoch problematische Stimmungsmache gegen Geflüchtete bestimmt aktuell die deutsche Politik. Um so wichtiger ist es, hier heute auf der Strasse zu stehen.

Wie kann der Vorsitzende einer der größten Parteien Deutschlands Fake News verbreiten und weiterhin in seinem Amt bleiben, wo doch klar ersichtlich ist, dass das Menschen gegeneinander aufbringt, Hass schürt und vor allem den rechtsextremen Parteien in die Hände spielt?

Wie kann es sein, dass Menschen nicht frei entscheiden können, ob sie einen Arzt/eine Ärztin aufsuchen, wenn sie sich krank fühlen? Dass es für so ein reiches & souveränes Land wie Deutschland nicht selbstverständlich ist, Menschen einen grundlegend gleichberechtigten Zugang zum Gesundheitssystem zu ermöglichen?

Wir fordern:

- -die Umsetzung des Menschenrechts auf Gesundheit und zwar jetzt! Wir fordern die Abschaffung des AsylBlg!
- -die Einführung einer Gesundheitskarte für Geflüchtete mit einem regulären Anspruch auf medizinische Versorgung nach den allgemein geltenden Kassenleistungen- auch in Baden-Württemberg. Und zwar nicht erst ab dem 18. Aufenthaltsmonat sondern von Beginn an. Neun andere Bundesländer haben die Versicherungskarte bereits für alle Geflüchteten etabliert und umgesetzt. In Baden- Württemberg bleibt es seit 2015 lediglich ein in Aussicht gestelltes Armutszeugnis.
- -einen bundesweiten Zugang zu medizinischer Versorgung für illegalisierte Menschen!

Das sind die zentralen Forderungen der mittlerweile weit über 30 medinetze/medibueros bundesweit (<https://medibueros.org>).

Insbesondere illegalisierte Menschen sollten die Möglichkeit zur medizinischen Versorgung bekommen. Durch die bis heute mit dem AsylBLG verbundenen Meldepflichten können diese nicht einmal die eingeschränkte medizinische Hilfe in Anspruch nehmen.

Neben den medinetzen hat der Deutsche Ärztetag – ähnlich wie die Wohlfahrtsverbände, Flüchtlingsräte und weitere gesundheitspolitische Akteur*innen – in den vergangenen Jahren wiederholt darauf hingewiesen, dass die medizinische Versorgung von Geflüchteten und Asylsuchenden nicht eingeschränkt werden darf und das AsylBLG abgeschafft werden soll. Hier in Freiburg ist die Situation glücklicherweise seit 2022 anders. Es gibt als ein einzigartiges Projekt im Südwesten die Möglichkeit Anonymisierte Behandlungsscheine für Menschen ohne Krankenversicherung auszustellen. Doch das ist nur der Anfang.

zum wiederholten Male sagen wir:

30 Jahre Einschränkung der medizinischen Versorgung sind nicht nur genug, sondern bereits 30 Jahre zu viel!

Ein Mensch kommt zum Arzt und wird behandelt. Es ist egal, wo er herkommt und wie lange er schon da ist.